

schen und bereit sein, Hebräisch zu lernen. Wir bitten, diese Empfehlung an das Exekutiv-Komitee des Lutherischen Weltbundes weiterzuleiten.

D. Es wird empfohlen, die Abteilung Weltdienst des Lutherischen Weltbundes zu bitten, 1. in Fühlungnahme mit den in Israel arbeitenden lutherischen Gruppen zu untersuchen, ob christliche Dienstprojekte unter lutherischer Führung angebracht und erwünscht sind; 2. die Ergebnisse der Untersuchung den LWB-Gliedkirchen weiterzuleiten.

E. Die Konsultation berichtet, daß außerdem die Schwierigkeiten und Belange der Christen in Israel, besonders die der Christen jüdischer Herkunft, besprochen wurden, und sie bringt hiermit ihre Solidarität mit ihnen zum Ausdruck.

V. Fortsetzung der Arbeit dieser Konsultation

Es wurde beschlossen,

1. die Kommission für Weltmission des Lutherischen Weltbundes zu bitten, die Bildung eines repräsentativen Gremiums zu veranlassen, das mit der weiteren Behandlung der Anliegen beauftragt wird, mit denen die Konsultation befaßt war. Es handelt sich hierbei unter anderem um

a) das Verhältnis des Christentums gegenüber dem Judentum in theologischer Sicht;

b) den Fragenkomplex Mission, Dialog, Diakonie;

c) Fragen des Verhältnisses von Gesellschaftsgruppen zueinander.

2. die Kommission für Weltmission zu bitten, das zu bildende Gremium zu beauftragen, sich besonders der nicht beendeten theologischen Arbeit dieser Konsultation anzunehmen.

Wortlaut in: Lutherische Rundschau 14 (1964) 339-344.

E.I.8

ARBEITSAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ ZUM NAHOSTKONFLIKT

Erklärung vom 4. Juli 1967

Nach dem Junikrieg von 1967 äußerte sich der Arbeitsausschuß der Christlichen Friedenskonferenz in Zagorsk zum Konflikt im Nahen Osten. Erstmals wurde in dieser Erklärung der Nahostkonflikt in den Zusammenhang weltweiter Befreiungsbewegungen gestellt. (Reaktion auf diese Erklärung → E.I.9)

Bei Überlegungen zur Friedensregelung im Nahen Osten sind historische, theologische und aktuell-politische Argumente strikt auseinanderzuhalten.

Was auch immer Christen als Volk des Neuen Bundes von der Treue Gottes zum

Volk des Alten Bundes zu bezeugen haben, darf sie nicht hindern zu erkennen: Der Staat Israel ist ein moderner säkularer Staat wie jeder andere, dessen Handeln an den Maßstäben der internationalen Verpflichtungen gemessen werden muß, den Frieden zwischen den Völkern zu bewahren. Es ist vor jedem Versuch zu warnen, dem Krieg des Staates Israel eine religiöse Verklärung zu geben, die daran vorbeigeht, daß auch alle anderen Völker der Erde, gleich welcher Religion und Rasse, unter der Verheißung und dem Gebot Gottes stehen. Die Christliche Friedenskonferenz bekräftigt ihren Standpunkt, daß alle internationalen Streitfragen auf dem Wege von friedlichen Verhandlungen und Verträgen zu lösen sind, und daß deswegen alle Kriege und militärischen Interventionen, die jedesmal die Welt an den Rand der Atomkatastrophe führen können, unerlaubte und unethische Mittel der Politik sind.

Territoriale Eroberungen, die in einem Aggressionskrieg gemacht werden, können keine völkerrechtliche Relevanz haben. Einseitige parlamentarische Erklärungen haben ebensowenig internationale Gesetzeskraft wie völkerrechtssetzende Bewandnis.

Es ist nicht zu übersehen, daß die in den Vereinigten Nationen zusammengeschlossene Gemeinschaft der Völker eine Mitverantwortung dafür trägt, daß den arabischen Staaten im Nahen Osten die Existenz des Staates Israel aufgezwungen wurde. Deshalb tragen die Vereinten Nationen auch für die zukünftige Friedensregelung im Nahen Osten entscheidende Verantwortung. Ihre Beschlüsse müssen von allen Staaten respektiert werden. Wir bedauern, daß in den letzten Jahren Beschlüsse der Vereinten Nationen wiederholt von Israel ignoriert wurden.

Zur Herstellung des Friedens zwischen Arabern und Israelis muß die gegenwärtige Atmosphäre des Krieges, des Hasses und der Demütigung überwunden werden. Das ist nur möglich, wenn die israelischen Truppen hinter die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückgenommen werden und die unmenschliche Vertreibung der Araber aus den besetzten Gebieten sofort beendet wird, wenn das durch den Krieg vergrößerte Flüchtlingselend gesehen und beseitigt wird, wenn die Entschädigungen, die Grenzfragen und andere politische Probleme geregelt werden und der kalte Krieg auch in der Form von Grenzprovokationen und Drohpropaganda beendet wird.

Einer Entspannung im Nahen Osten wäre weiter dienlich ein Verzicht auf rassistische, religiöse und nationalistische Überheblichkeit und die Achtung vor der kulturellen Eigenart der islamischen Welt.

Außerdem halten wir es für notwendig, daß der Staat Israel in Solidarität mit den arabischen Staaten allen Einmischungsversuchen imperialistischer nicht-nahöstlicher Mächte und Interessengruppen entgegentritt.

Die Nahostkrise steht in engem Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg, der von den USA in Vietnam geführt wird, und mit dem Militärputsch in Griechenland. Die Nahostkrise muß ebenfalls im Zusammenhang mit dem gesehen werden, was 1965 in Santo Domingo und in Indonesien geschah. Sie ist ein Beweis dafür, daß die konservativen Mächte in der ganzen Welt sich den Befreiungsbewegungen der Völker widersetzen.

Für den Frieden im Nahen Osten arbeiten heißt, sich für die Beendigung der USA-Intervention in Vietnam einzusetzen.

Wir bitten die Kirchen, diese Zusammenhänge nicht zu übersehen. Wer zu Vietnam und Griechenland schwieg und schweigt, hat kein Recht, zu den Fragen des Nahen Ostens zu reden.

Alle Christen sollten ihre Verpflichtungen erkennen, den Flüchtlingen in den arabischen Ländern beizustehen.

Wortlaut in: Junge Kirche 28 (1967) 453f.

E.I.9

MITGLIEDER DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

Gegenerklärung vom 9. August 1967

Der Arbeitsausschuß der Christlichen Friedenskonferenz hatte in seiner Erklärung in Zagorsk den Nahostkonflikt erstmals in den Zusammenhang weltweiter Befreiungsbewegungen gestellt (→ E.I.8). Die Einordnung der israelischen Position in den internationalen Imperialismus rief sogleich den Protest einzelner Mitglieder der Christlichen Friedenskonferenz hervor.

Der Arbeitsausschuß der CFK hat am 4. Juli 1967 in Zagorsk eine Erklärung zur Nahost-Krise verabschiedet. Wir sehen uns nicht mehr in der Lage, die Erklärung auf unsere Verantwortung zu nehmen; vielmehr sehen wir uns genötigt, ihr zu widersprechen. Sie beruht nach unserer Sicht auf unzureichender und falscher politischer Information, wird den politischen Fakten nicht gerecht und ist theologisch unzureichend. Diese Erklärung enthält nach unserer Sicht für keinen der Beteiligten eine Hilfe, sondern verhärtet die Fronten.

Vor allem in folgenden Punkten weicht unsere Ansicht von der Erklärung des Arbeitsausschusses ab:

1. Es genügt nicht, zu sagen, daß der Staat Israel ein moderner, säkularer Staat wie jeder andere ist. Die Christenheit muß bezeugen, daß Gottes Treue auch heute über dem Volke Israel in Kraft geblieben ist. Auch das israelitische Volk im säkularen *Staat Israel* steht unter dieser Verheißung und kann darum mit anderen Völkern nicht ohne weiteres auf eine Stufe gestellt werden. Christliche Erkenntnis, die nicht von *Gottes Bund mit Israel* ausgeht, wird den Aussagen der Bibel und den politischen Realitäten nicht gerecht und droht dem Antisemitismus zu verfallen. Diese im Kirchenkampf notvoll gewonnene theologische Erkenntnis können wir Christen in Deutschland nicht mehr preisgeben.

2. Es muß daran erinnert werden, daß der Staat Israel seine Existenz einem Beschluß der UNO verdankt, der seinerzeit die USA und die UdSSR gemeinsam zugestimmt haben. An diesem Beschluß muß unter allen Umständen festgehalten werden. Bis heute haben die arabischen Staaten diesen Beschluß nicht akzeptiert,